



- Anlage 1 -

Datenschutzrechtliche Hinweise zur Auskunft nach Art. 15 Abs. 1 DSGVO

Für das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) hat ein verantwortungsbewusster Umgang mit personenbezogenen Daten hohe Priorität. Wir möchten, dass Sie wissen, wann wir welche Daten erheben und wie wir sie verwenden. Wir haben technische und organisatorische Maßnahmen getroffen, die sicherstellen, dass die Vorschriften über den Datenschutz beachtet werden. Im Zuge der Weiterentwicklung und Implementierung neuer Technologien können Änderungen dieser Datenschutzerklärung erforderlich werden. Eine aktuelle Version kann jederzeit beim BSI angefordert werden.

1. Verantwortliche Stelle

Verantwortliche Stelle für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten im Sinne der Datenschutzgrundverordnung sowie anderer nationaler datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist das

Bundesamt für Sicherheit in der
Informationstechnik (BSI)
Godesberger Allee 185 -189
53175 Bonn
bsi@bsi.bund.de
Telefon: +49 (0)228 99 9582-0
Telefax: +49 (0)228 9910 9582-0
www.bsi.bund.de

2. Behördlicher Datenschutzbeauftragter im BSI

Behördlicher Datenschutzbeauftragter im BSI
Bundesamt für Sicherheit in der
Informationstechnik
Godesberger Allee 185 -189
53175 Bonn
Telefon: 0228 99 9582-5527
E-Mail: datenschutzbeauftragte@bsi.bund.de

3. Allgemeine Hinweise zur Datenverarbeitung

a) Zwecke der Verarbeitung und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Personenbezogene Daten werden durch das BSI zum Zwecke der Beantwortung der Auskunftsanfrage verarbeitet. Diese Verarbeitungstätigkeiten erfolgt aufgrund von Art. 6 Absatz 1 lit. c DSGVO in Verbindung mit Art. 15 Abs. 1 DSGVO.

Daneben ist das BSI auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO in Verbindung mit § 5 Abs. 1 BSIg zur Speicherung von Protokolldaten und im Rahmen dessen auch Ihrer pseudonymisierten E-Mail-Adresse zur Erkennung und zum Schutz vor Angriffen auf die Internetinfrastruktur des BSI, sowie auf die gesamte Kommunikationstechnik des Bundes, verpflichtet. Diese Daten werden analysiert und im Falle von Angriffen auf die Kommunikationstechnik zur Einleitung einer Rechts- und Strafverfolgung benötigt.

b) Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern von personenbezogener Daten

Innerhalb unserer Behörde erhalten diejenigen Stellen Zugriff auf Ihre Daten, die diese zur Beantwortung Ihrer Anfrage benötigen.

Ihre Daten werden gelöscht, sobald sie für die Erreichung des Zweckes ihrer Erhebung nicht mehr erforderlich sind. Für die personenbezogenen Daten, die übersandt wurden, ist dies dann der Fall, wenn die jeweilige Konversation mit dem Betroffenen beendet ist. Beendet ist die Konversation dann, wenn sich aus den Umständen entnehmen lässt, dass der betroffene Sachverhalt abschließend geklärt ist und eine Aufbewahrung für eventuelle Nachfragen des Betroffenen nicht mehr erforderlich ist. Im Übrigen werden sämtliche personenbezogene Daten im Zusammenhang mit Ihrer Anfrage nach Ablauf von sechs Monaten gelöscht. Die während des Absendevorgangs zusätzlich erhobenen personenbezogenen Daten werden spätestens nach einer Frist von sieben Tagen gelöscht.

Darüber hinaus findet keine Weitergabe Ihrer Daten an Dritte statt, es sei denn wir sind dazu gesetzlich oder durch Gerichtsentscheidung verpflichtet oder ermächtigt, dies im Falle von Angriffen auf die Internetinfrastruktur zur Rechts- oder Strafverfolgung erforderlich ist. Eine darüberhinausgehende Weitergabe an Dritte findet nicht ohne Ihre Zustimmung statt.

c) Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für Festlegung der Dauer

Wir verarbeiten Ihre Daten solange es zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben und den sonstigen unter Ziffer 3 lit. a genannten Zwecken erforderlich ist. Hinsichtlich Ihrer personenbezogenen Daten, welche wir als BSI selbst für Zwecke der Bearbeitung Ihres Auskunftsersuchens verarbeiten, sind wir verpflichtet, diese gemäß Art. 17 Abs. 3 lit. e DSGVO zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen aufzubewahren. Die automatisierte Auswertung der Protokolldaten erfolgt unverzüglich, die Daten werden nach erfolgtem Abgleich sofort und spurlos gelöscht. Soweit tatsächliche Anhaltspunkte bestehen, dass die Protokolldaten für den Fall der Bestätigung eines Verdachts nach § 5 Abs. 3 S. 2 BStG zur Abwehr von Gefahren, die von dem gefundenen Schadprogramm ausgehen oder zur Erkennung und Abwehr anderer Schadprogramme erforderlich sein können, werden diese längstens für 18 Monate gespeichert, § 5 Abs. 2 S. 1 BStG. Bestätigt sich der Verdacht nach § 5 Abs. 3 S. 2 BStG, werden die Daten gelöscht, sobald sie nicht mehr zur Aufgabenerfüllung benötigt werden. Eine Löschung findet spätestens nach Ablauf der jeweiligen Frist statt.

4. Drittlandtransfer

Wir übertragen Ihre personenbezogenen Daten nicht in Länder außerhalb der EU bzw. des EWR oder an internationale Organisationen.

5. Ihre Rechte

Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet, sind Sie ein „Betroffener“ im Sinne der DSGVO. Ihnen stehen vorbehaltlich entgegenstehender gesetzlicher Einschränkungen und Ausnahmen, wie insbesondere nach §§ 34 – 36 BDSG oder §§ 6b – f BStG, folgende Rechte gegenüber uns als Verantwortlichen zu:

➤ Recht auf Auskunft

Sie können Auskunft darüber verlangen, ob wir personenbezogene Daten von Ihnen verarbeiten. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten sowie auf weitere mit der Verarbeitung zusammenhängende Informationen (Art. 15 DSGVO).

➤ Recht auf Berichtigung

Für den Fall, dass personenbezogene Daten über Sie nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sind, können Sie eine Berichtigung und gegebenenfalls Vervollständigung dieser Daten verlangen (Art. 16 DSGVO).

➤ Recht auf Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten (Art. 17 DSGVO) oder die Einschränkung der Verarbeitung dieser Daten (Art. 18 DSGVO) verlangen.

➤ Widerspruchsrecht

Aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, können Sie der Verarbeitung Ihrer personenbezogener Daten durch uns zudem jederzeit widersprechen (Art. 21 DSGVO). Dieses Recht besteht, wenn Ihre personenbezogenen Daten aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. e, f) DSGVO, zur Direktwerbung, zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungs- oder zu statistischen Zwecken verarbeitet werden. Sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, verarbeiten wir in der Folge Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr.

➤ Recht auf Datenübertragbarkeit

Sie sind berechtigt, unter den Voraussetzungen von Art. 20 DSGVO von uns zu verlangen, dass wir Ihnen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu übergeben. Gemäß Art. 20 Abs. 3 Satz 2 DSGVO steht dieses Recht aber dann nicht zur Verfügung, wenn die Datenverarbeitung der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben dient.

➤ Recht auf Widerruf der datenschutzrechtlichen Einwilligungserklärung

Sollten Sie in die Verarbeitung Ihrer Daten eingewilligt (Art. 6 Abs. 1 lit. a) haben, haben Sie das Recht, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Der Widerruf wirkt erst für die Zukunft; das heißt, durch den Widerruf wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitungen nicht berührt.

Ihre Anträge über die Ausübung Ihrer Rechte sollten nach Möglichkeit schriftlich an die oben angegebene Anschrift oder direkt an unsere Datenschutzbeauftragte adressiert werden.

➤ **Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde**

Unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelf steht einem Betroffenen (Ihnen) das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde – insbesondere in dem Mitgliedsstaat Ihres Aufenthaltsortes – zu, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns gegen die DSGVO verstößt. Aufsichtsbehörde des Bundesamtes für die Sicherheit in der Informationstechnik ist:

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI):

Graurheindorfer Str. 153
53117 Bonn

Telefon: +49 (0)228 997799-0

Fax: +49 (0)228 997799-5550

E-Mail: poststelle@bfdi.bund.de

6. Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling

Eine automatisierte Entscheidungsfindung bzw. Profiling findet nicht statt.

7. Erforderlichkeit der Datenerhebung

Sämtliche von Ihnen verarbeitete personenbezogene Daten sind erforderlich, um Sie identifizieren und Ihnen eine Auskunft über Ihre vom BSI verarbeiteten personenbezogenen Daten zukommen lassen zu können. Die Angaben sind grundsätzlich freiwillig. Im Falle der Nichtbereitstellung Ihrer Daten kann keine Auskunft gegeben werden.

Stand: Dezember 2022
